

Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion

Hans Theo Klug

in der Sitzung des Rates der Stadt Brühl am Montag, dem 26.01.2015

(Freigabe: Montag, 26.01.2015, Beginn der Rede)

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

Der am 03. November 2014 eingebrachte und zwischenzeitlich fortgeschriebene Haushalt 2015 bestätigt die schon im Doppelhaushalt definierten Ziele. Somit ist er auch ein gutes Zeugnis für die unter Bürgermeister Kreuzberg und der CDU-Mehrheit geleistete Arbeit. Überraschenderweise lässt der eingebrachte Entwurf bis auf den Vorschlag, die Grundsteuer B um 150 Prozentpunkte anzuheben, keine grundlegenden Impulse des neuen Bürgermeisters erkennen. Trotzdem stellt dieser Haushaltsentwurf eine Zäsur dar.

Waren in der Finanzplanung des Doppelhaushaltes 2013/14 für 2015 ein Defizit von knapp 4,1 Mio. € und für 2016 von ca. 5,6 Mio. € vorgesehen, so weist der eingebrachte Entwurf für 2015 ein Defizit von 14,1 Mio. € und für 2016 einen Ansatz von knapp 4,3 Mio. € aus, wobei zu beachten ist, dass der Haushaltsentwurf davon ausging, dass eine Erhöhung der Grundsteuer B um 150 Prozentpunkte – das entspricht einer Mehreinnahme von gut 2 Mio. € - bereits für 2015 beschlossen werden würde. Für 2015 ist das bei den Planzahlen eine Differenz von 10 Mio. €. Lässt man die geplante Grundsteuererhöhung unberücksichtigt, ergibt sich für 2015 eine Differenz zur Planzahl 2013/14 von gar 12 Mio. €.

Angesichts des mehr als beachtlichen Ergebnisses für 2013 und eines Ergebnisses für 2014, das aller Voraussicht nach ebenfalls besser als geplant sein wird, ist diese Differenz kaum zu fassen. Ob dieser Tatsache ist es unbegreiflich, dass bei der Einbringung des Haushaltes durch den Bürgermeister parallel zu seinem Vorschlag, die Grundsteuer B um 150 Prozentpunkte anzuheben, kein Sparwille erkennbar war.

Beim Abgleich der Finanzmasse mit den Defiziten der Produktbereiche wird deutlich, dass die Lasten in den Bereichen Soziale Hilfen (PB 31) und Kinder-, Jugend- und Familienförderung (PB 36) weiterhin stark zunehmen. Im PB 31 steigt der Ansatz von 1,6 Mio. € in 2014 um 0,8 Mio. € auf nun 2,4 Mio. €. Im PB 36 steigt der Ansatz von 14,2 Mio. € um rund 1,2 Mio. € auf nahezu 15,4 Mio. €. Die Kostensteigerungen sind vielfach gesetzlichen Vorgaben geschuldet.

Enorm auch die Steigerung der Personalaufwendungen um 8,27% oder - absolut ausgedrückt - um 2,23 Mio. €. Auch wenn ein erheblicher Teil neuer Stellen auf Grund gesetzlicher Vorschriften unabweisbar war – beispielhaft seien hier die Bereiche Kita und Rettungsdienste genannt - löste die Personalkostensteigerung erhebliche Diskussionen aus.

Wenn die SPD nun in ihrem abgelehnten Antrag, die vorhandene Stelle des dritten Dezernenten zu streichen, den entscheidenden Beitrag zur Rettung des Haushaltes gesehen hat oder noch sieht,

dann irrt sie. Tatsache ist, dass der Bürgermeister im vorgelegten Stellenplan allein vier neue Stellen in seinem neu zusammengestellten Dezernat präsentiert hat. Dies ignoriert die SPD und so erweist sich der Antrag der SPD als publikumswirksame Schaulage für das Parkett.

Meine Damen und Herren, gestatten sie mir an dieser Stelle einen kleinen Exkurs in die Vergangenheit, der den einen oder andern vielleicht schmunzeln lässt.

Der geschätzte Kollege Berg fühlte sich genötigt, während der Beratungen die Beibehaltung der dritten Dezernentenstelle und die Unterstützung des FDP-Antrages auf Stellenstreichung im unmittelbaren Bereich des Bürgermeisters als Machtdemonstration von Schwarz-Grün zu klassifizieren. Diese Klassifizierung zeigt, dass er bezüglich Machtdemonstration auf große persönliche Erfahrung zurückgreifen kann. Es war nämlich anno 1995, als heute noch aktive Ratsmitglieder Anträge stellten bzw. im Bergschen Sinne Macht demonstrierten. Damals stellte der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Klug den Antrag auf Streichung der dritten Dezernentenstelle und unter der Wortführung von Herrn Berg setzte die SPD die Wiederbesetzung der dritten Dezernentenstelle durch.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Gemeindeordnung dem Bürgermeister bezüglich seiner Organisationsgewalt umfassende Rechte gibt. Wenn er nun der Meinung ist, bestimmte Organisationsstrukturen zu schaffen, die mehr Personal verlangen als eine bislang praktizierte Struktur, die sich aus unserer Sicht insgesamt bewährt hat, so muss er auch die Verantwortung für die so produzierten Mehrkosten übernehmen.

Die Koalition aus CDU und Grünen hat von Beginn an deutlich gemacht, dass sie nicht den Weg der Fundamentalopposition gegenüber dem Bürgermeister beschreiten will. Die Koalition ist ihm bei seinen Wünschen, ihm z.B. neben der Kämmerei das Hauptamt und die Wirtschaftsförderung zuzuordnen, weit entgegengekommen. Es wäre schön gewesen, wenn es die konstruktiven Gespräche mit dem Bürgermeister zum Stellenplan, die es schließlich noch gegeben hat, früher gegeben hätte. Es ist nun mal so, dass sich der Bürgermeister angesichts der Mehrheitsverhältnisse eine Mehrheit suchen muss.

Dankenswerterweise hat es konstruktive Gespräche mit dem Bürgermeister gegeben, so dass sich im fortgeschriebenen Stellenplan, dem wir am vergangenen Montag im Hauptausschuss schon unsere Zustimmung gegeben haben, eine Mehrstelle im Portfolio des Bürgermeisters weniger findet.

Das im eingebrachten Haushaltsentwurf trotz schon eingerechneter Erhöhung der Grundsteuer B ausgewiesene Defizit von 14,1 Mio. € muss durch die Entnahme aus der allgemeinen Rücklage gedeckt werden. Mit dieser Entnahme wird die 5%-Grenze massiv überschritten. Die Erhöhung der Grundsteuer B rettet also den Haushalt 2015 insoweit nicht. Deshalb haben die Fraktionen der Koalition von CDU und Grünen diese Steuererhöhung für 2015 im HA abgelehnt, um für Mieter, Eigenheimbesitzer, Gewerbe und Industrie die Belastung durch Erhöhung der sog. zweiten Miete zu vermeiden, In der heute vorliegenden Fortschreibung des Haushaltes ist dies berücksichtigt.

Nach wie vor ist es für die CDU-Fraktion ein absolut vorrangiges Ziel der Haushaltspolitik, die Finanzhoheit des Rates zu erhalten und ein Haushaltssicherungskonzept oder gar einen Nothaushalt zu vermeiden. Angesichts dieses Zieles muss schon in der Finanzplanung des heute zu verabschiedenden Haushaltes für 2016 die Erhöhung der Grundsteuer B eingebracht werden, weil wir im gegenteiligen Falle heute schon dokumentieren würden, in 2016 zum zweiten Mal in Folge die 5%-Grenze bei der Entnahme aus der allgemeinen Rücklage überschreiten zu wollen. Das hätte zur Folge, dass die Kommunalaufsicht schon den Haushalt 2015 nicht genehmigen könnte.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, wenn wir schon heute eine Steuererhöhung für 2016 einplanen müssen, dann ist es aber dem Steuerzahler gegenüber auch unsere Pflicht und Schuldigkeit, im jetzt laufenden Jahr den Haushalt intensiv auf Einsparpotentiale zu untersuchen, auch wenn es angesichts der in diesem Haushalt vorgelegten Zahlen und unter Beachtung des Zieles „Erhalt der finanziellen Handlungsfähigkeit“ wenig offen oder wahrscheinlich ist, dass auch bei intensivster Durchforstung des Haushaltes Potentiale in einer Größenordnung gefunden werden könnten, die eine Steuererhöhung dauerhaft als vermeidbar erscheinen ließen. Bei der Durchforstung des Haushaltes kann es nicht um eine Beschränkung auf die Betrachtung der freiwilligen Leistungen gehen, es gilt vielmehr, in den Pflichtbereichen und in den freiwilligen Bereichen die Standards der Aufgabenerfüllung und der Angebote eingehend zu prüfen.

Darauf haben wir in den Beratungen immer wieder hingewiesen und dieses gefordert. Mit dieser aus unserer Sicht unterjährig zu leistenden Aufgabe befinden wir uns in guter Gesellschaft. In der gemeinsamen Stellungnahme der Rhein-Erft-Bürgermeister zum Kreishaushalt heißt es: „So muss zum Beispiel zwingend die Frage gestellt werden, in welcher Standardstruktur die Aufgabenerfüllung in den pflichtigen und freiwilligen Segmenten erbracht wird.“

Meine Damen und Herren, im HA am 24.11.2014 bestand Einigkeit darüber, ein Sparkonzept mit dem Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes binnen sechs Jahren zu entwickeln, und zwar gegebenenfalls auch mit Unterstützung der Gemeindeprüfungsanstalt. Dafür wurden 20.000 € mit Sperrvermerk zugunsten des HA in den Haushalt eingestellt.

Die Entwicklung einer Konsolidierungslinie verlangt ein so tiefes Einsteigen in die Kosten- und Standardstrukturen, wie es in der relativ kurzen Zeit der üblichen Haushaltsberatungen nicht möglich ist. Die Aufbereitung der Zahlen und Fakten verlangt Zeit und ist für die Vertreter des Rates nur in enger Zusammenarbeit mit dem Bürgermeister und den Fachkräften des jeweiligen Fachbereiches möglich.

Dem Bürgermeister sei an dieser Stelle ausdrücklich gedankt, dass er sich zusammen mit seinen Fachleuten dieser Aufgabe stellen will und schon für den 19. Januar Montag zu einer ersten Sitzung einer Arbeitsgruppe eingeladen hatte, nachdem im Ältestenrat am 12. Januar offensichtlich Einvernehmen über diese Vorgehensweise bestand.

Umso überraschter waren wir, als die SPD-Fraktion am 18. Januar mitteilte, sie werde Gespräche und Debatten über die Haushaltskonsolidierung nur im HA zu führen. Nur so sei Transparenz gesichert und nur so könne man den Vorwurf der intransparenten Klüngelei vermeiden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, bei allem Verständnis dafür, dass sie sich in der Rolle der Opposition gefallen und nach dem Motto „Kamerad schieß du zuerst, ich gehe dieweil Kaffee holen“ auf Vorschläge einer Mehrheit warten, ist ihre Argumentation nicht stimmig. Bei dem nicht nur von uns bevorzugten Arbeitskreis aus Bürgermeister, Verwaltungsfachkräften und den jeweiligen Fachvertretern der Fraktionen handelt es sich doch nicht um ein beschlussfassendes Sondergremium. Die Aufgabe dieser Gruppe besteht doch darin, zunächst Kärnerarbeit zu leisten, d.h. Standardstrukturen, Leistungsangebote und die zugeordneten Kostenstrukturen als Fakten- und Datensammlung aufzubereiten. Eine solche Arbeit in Ausschusssitzungen zu leisten ist ineffizient, wenn nicht sogar unmöglich.

Wenn diese Kärnerarbeit geleistet ist, dann müssen die Fraktionen in öffentlichen Sitzungen darlegen, welche Konsolidierungsvorschläge sie aus der Fakten- und Datensammlung ableiten. Da ist doch Transparenz ohne jede Einschränkung gewährleistet. Es ist dann auch Aufgabe der Parteien und Fraktionen, in der Bürgerschaft für ihre Vorschläge zu werben. So ist die Möglichkeit gegeben, auch unter Einbeziehung der Bürger in sachlicher Aussprache eine gemeinsame Konsolidierungslinie zu finden.

Meine Damen und Herren, wie wichtig und nötig diese unterjährige Arbeit ist, haben doch die jüngsten Haushaltsberatungen gezeigt. Keine Fraktion hat Sparvorschläge machen können, die in Summe als Konsolidierungsansatz oder gar als Beginn einer Konsolidierungslinie verstanden werden könnten. Vielmehr haben in der Regel punktuellen Sparvorschlägen Vorschläge auf zusätzliche Ausgaben gegenüber gestanden.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, appelliere ich nochmals ganz herzlich an sie, ihre Position zu überdenken und sich dieser für die Stadt und ihre Bürger wichtigen Arbeit nicht zu versagen.

In der heute zur Verabschiedung vorliegenden Fortschreibung des Haushaltsentwurfes finden sich eine Reihe von Sperrvermerken zugunsten verschiedener Ausschüsse. Der größte Teil dieser Sperrvermerke wurde einstimmig oder mit großer Mehrheit beschlossen. Wir begrüßen diese Verfahrensweise, weil damit dokumentiert wird, dass nicht jede Maßnahme zwingend durchgeführt werden muss, für die Mittel bereitgestellt sind.

Meine Damen und Herren, lassen sie mich im zweiten und letzten Teil meiner Ausführungen auf einige Einzelpunkte der Beratungen und der anstehenden Aufgaben eingehen:

- U.a. hatten Fraktionen von SPD und Linke & Piraten beantragt, die Mittel für den Ausbau der Carl-Schurz-Str. zu streichen. Dieser Antrag war für 2015 natürlich nicht wirksam, da für 2015 nur Planungskosten in Höhe von 20.000 € im Haushaltsentwurf eingestellt waren. Angesichts der Tatsache, dass für 2016 die 5%-Linie bei der Entnahme aus der allgemeinen Rücklage nicht überschritten werden darf, ist es richtig zu überlegen, ob diese Maßnahme leistbar ist, auch wenn eine zügige Fertigstellung der Ost-West-Achse stadtplanerisch sinnvoll ist. Demzufolge erhielt der Vorschlag der CDU-Fraktion, den Ansatz der Planungskosten im Haushalt zu belassen und mit einem Sperrvermerk zugunsten des HA zu versehen, eine breite Mehrheit von 14:2 Stimmen. So kann zunächst nochmals eingehend geprüft werden, ob ein solcher Ausbau schon 2016 notwendig ist.
- Die Frage, wann die Umgestaltung der Carl-Schurz-Str. in Angriff genommen werden soll, kann nicht isoliert betrachtet werden. Die das Jahr 2015 bestimmende Maßnahme in der Innenstadtentwicklung ist der Umbau des Balthasar-Neumann-Platzes inklusive der Neugestaltung der Unterführung unter der Linie 18. Dieses Maßnahmenpaket wirkt selbstverständlich in die Carl-Schurz-Str. hinein.
- Der zweigleisige Ausbau der Linie 18 wird in diesem Jahr beginnen. Nach Fertigstellung dieser schon vor Jahren seitens der Stadt begrüßten Maßnahme wird der ÖPNV in unserer Stadt im südlichen Bereich eine deutliche Verbesserung erfahren. Im Zusammenhang mit dem zweigleisigen Ausbau der Linie 18 wird in den kommenden Jahren sicherlich auch die Überarbeitung der Stadtbuslinien anstehen. Hier erscheint eine Anbindung des BTV-Zentrums an der von-Wied-Str. angezeigt.
- Im Kreis läuft die Überarbeitung des Nahverkehrsplanes. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob es dabei bleibt, dass die Stadtbusstädte, zu denen Brühl gehört und die ihre Ortserschließung zu 100% selbst finanzieren, über die Kreisumlage auch weiterhin in erheblichem Maße die Ortserschließung in anderen Städten des Kreises mitfinanzieren, da die Kreisbuslinien dort gleichzeitig für die Ortserschließung sorgen und so die Rolle eines Stadtbusses übernehmen, der nur zu einem Teil selbst finanziert ist. Hier gilt es dicke Bretter zu bohren, um künftig zu einer gerechteren, der Nutzung entsprechenden Kostenverteilung zu kommen und nicht berechtigte Mehrbelastungen von Brühl fern zu halten, zumal Brühl auch knapp 1,2 Mio. € für den schienengebundenen Personennahverkehr zahlt.
- In den nachfolgenden Jahren gehört zur Innenstadtentwicklung auch die Umgestaltung des Janshofes. Dessen Planung ist aber schon bei den Überlegungen zum weiteren Vorgehen beim Anbau des Rathauses B zu berücksichtigen. Im Jahre 2015 ist auch Diskussion um den Anbau des Rathauses B unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit zu führen, um die notwendigen Entscheidungen vorzubereiten. Zwei wichtige Bausteine der Diskussionsgrundlage, die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung und das Raumbedarfsprogramm, liegen zwischenzeitlich vor. Für den Meinungsbildungsprozess in der CDU-Fraktion kann ich schon heute sagen, dass für uns nur die Wirtschaftlichkeit, Raumbedarfe und die Finanzierbarkeit Kriterien für die Auswahl einer der vorgestellten Varianten sein werden, nicht aber Wunsch oder Verlangen nach einem neuen Ratssaal. Wir fühlen uns im hiesigen Ambiente durchaus wohl.

- Die Bereitstellung von 20.000 € zur externen Fortschreibung des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes haben wir zusammen mit einer großen Mehrheit abgelehnt, da in der jüngeren Vergangenheit hausintern schon ein solches Konzept erstellt wurde, das vom künftigen Mobilitätsmanager ebenso hausintern fortgeschrieben werden kann.
- Dem Antrag der CDU, die 50.000 € für ein neues Einzelhandelsgutachten mit einem Sperrvermerk zugunsten des HA zu versehen, wurde einstimmig zugestimmt. Die Sinnhaftigkeit eines neuen Einzelhandelsgutachtens ist angesichts der Tatsache zu hinterfragen, dass - wie schon gehabt - ein zentrales Ergebnis wieder die Forderung nach einem Leerstandsmanagement durch die Verwaltung sein wird. Rechtliche Eingriffsmöglichkeiten in private Angelegenheiten zwecks effizienter Beseitigung von Leerständen hat der Bürgermeister nicht. Ihm bleibt nur das berühmte „Klinkenputzen“. Für ein solches Ergebnis benötigt man kein neues Einzelhandelsgutachten. Wir sehen uns in dieser Auffassung bestärkt durch die Berichterstattung in der Kölnischen Rundschau vom 23.01.2015 über den Leerstand des Gartencenters in Brühl-Ost. Dort heißt es: „Auch das Schicksal der Fläche des ehemaligen Gartencenters lässt Freytag nicht kalt - auch wenn die Möglichkeiten für die Brühler Wirtschaftsförderung begrenzt sind. ‚Es laufen Gespräche mit dem Investor‘, sagte Freytag. Eine Lösung für den Leerstand ist allerdings nicht in Sicht.“
- In Brühl-Ost geht der Rosenhof in diesem Jahr in die Erschließung und mit Spannung erwarten wir die Masterplanung für Brühl-Ost. Wir begrüßen es, dass die jüngsten Planungen in enger Abstimmung mit den Bürgern erfolgt sind. Mit einer umfassenden Planung in Brühl-Ost können wir die Wirtschaft in Brühl nachhaltig fördern.
- Das sog. Puddinghaus – Haus Nr.7 in der Burgstraße - ist sicherlich ein Schandfleck. Trotzdem stellt sich die Frage, ob ein Abriss mit anschließender Parkplatznutzung und einem Kostenrahmen von 65.000 € jetzt unbedingt sein muss. Deshalb wurde auch hier ein Sperrvermerk gesetzt, zumal mit der Nutzung der Fläche als Parkfläche ein weiteres Hemmnis zur Entwicklung des Belvedere-Geländes gesetzt wird.
- Unabhängig von der Frage, ob man sich hier in Brühl für oder gegen ein Hotel auf dem Belvedere ausgesprochen hätte, muss man das Vorgehen des Denkmalschutzes höchst kritisch sehen. Nachdem die Planungen in Abstimmung mit dem Denkmalschutz erfolgten, ist der plötzliche Sinneswandel der Denkmalschützer hin zur vollständigen Ablehnung argumentativ nicht nachzuvollziehen. Hier wird mit dem Geld Dritter gearbeitet, ohne selbst Verantwortung übernehmen zu müssen. Trotz allen Bemühens kann ich mich in diesem Falle des Eindrucks der Behördenwillkür nicht entziehen. Sollte sich dieser Sinneswandel des Denkmalschutzes manifestieren, so sind die Perspektiven zur Entwicklung dieser kernstädtischen Fläche deutlich eingeschränkt sind. Deshalb erachten wir eine erneute Intervention der Verwaltung für erforderlich, um unter Berücksichtigung aller Perspektiven zu einer Entwicklung dieser Fläche zu kommen.
- Eine Gebührenerhöhung bei der KUMS halten wir - so wie die große Mehrheit im HA - angesichts der in den letzten 10 Jahren erfolgten Erhöhungen für nicht angezeigt. Eine solche Frage ist im Rahmen der unterjährigen Konsolidierungsarbeit auf dem Hintergrund der Angebots-, Standard-Einnahme- und Kostenstruktur zu betrachten und abschließend zu bewerten.
- Das Welcome-Projekt des SKF, das im Grunde ehrenamtlich ist, hat sich im Bereich der präventiven Arbeit im Produktbereich 36 03 „Hilfen für junge Menschen und ihre Familien“ bewährt. Des-

halb haben wir uns für die Bereitstellung von 27.000 € eingesetzt, damit dieses Projekt, das dauerhaft einen wichtigen Beitrag zur Brechung des exorbitanten Kostenanstieges in diesem Produktbereich leisten kann, fortgesetzt werden kann.

- In diesen Zusammenhang ist auch das Gutachten des Institutes für Sozialarbeit und Sozialpädagogik einzuordnen, das sich mit der Arbeit unseres Jugendamtes beschäftigt hat. Dem Jugendamt wird bescheinigt, dass es gemäß allen Standards arbeitet, aber Wirkungsverbesserungen noch möglich sind. Somit ist auch hier wieder mit der Untersuchung der Aufgabenerfüllungsstruktur ein Themenbereich für die unterjährige Konsolidierung, insbesondere aber für die Aufbereitung der Daten gegeben.
- Meine Damen und Herren, erschreckend ist, dass jüngst erfolgte Umfragen ein hohes Desinteresse junger Menschen an Politik selbst in akademischen Kreisen aufzeigen. Umso erfreulicher ist, dass der Stadtjugendring ein Konzept entwickelt hat, junge Menschen an die politische Arbeit in den städtischen Gremien heranzuführen. Deshalb haben wir uns dafür eingesetzt, dass Mittel in Höhe von 9.000 € für die Arbeit eines Jugendbeauftragten in der Verwaltung bereit gestellt werden. Wir sind erfreut, dass sich diese Summe in der vorliegenden Fortschreibung des Haushaltsentwurfes wiederfindet.
- Angesichts der Bedeutung der beiden zuletzt genannten Themenbereiche ist es nicht verwunderlich, dass wir den Antrag auf Bereitstellung von 25.000 € für den Bau einer Straßenbeleuchtung auf der Willy-Brandt-Str. zwischen Finanzakademie und Rodderweg abgelehnt haben. Man stelle sich doch einmal ernsthaft die Frage, wie viele Fußgänger und Radfahrer diesen Weg während der Dunkelheit tatsächlich nutzen!
- Das Projekt „Soziale Stadt Vochem“, das mit einem zweistelligen Millionenbetrag gefördert wurde, geht in sein letztes Förderjahr. Nach der Fertigstellung des Thüringer Platzes und der Ansiedlung des großen Nahversorgers erfreut sich das Ergebnis großer Akzeptanz. Mit der Baumaßnahme der Antoniter im Bereich der evangelischen Kirche und den neuen barrierefreien Fußwegverbindungen bis zur Römerstraße wird das Projekt hervorragend abgerundet.
- Geht das Projekt in Vochem seinem Ende entgegen, so zeichnet sich für die nächsten Jahre mit dem Baugebiet K7/Alte Bonnstraße ein weiteres Stück Stadtentwicklung im Brühler Süden im Bereich Pingsdorf und Badorf ab. Der von allen Seiten gelobte Planungsentwurf mit einer guten Mischung aus Geschosswohnungsbau einschließlich sozialem Wohnungsbau und Ein- und Zweifamilienhausbebauung sichert eine gesunde Siedlungsstruktur, die sich sicherlich hoher Akzeptanz erfreuen wird.

Abschließend, meine Damen und Herren, möchte ich nochmals unserem Wunsch Ausdruck verleihen, dass es uns in gemeinsamer Arbeit gelingen möge im Laufe dieses Jahres eine Konsolidierungslinie zu finden, die ab 2016 zu greifen beginnt.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion stimmt dem Haushalt 2015 einschließlich des Stellenplanes auf Basis der bis heute erfolgten Fortschreibungen zu.

Ihnen, Herr Bürgermeister, Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danke ich namens meiner Fraktion für die geleistete Arbeit. Den Ratsmitgliedern in allen Fraktionen danke ich für die sachlichen Beratungen zum Wohle unserer Stadt.

Es gilt das gesprochene Wort.